

PRESSE-Archiv (seit Mai 2008)

Magistrat muss Belegung regeln

Büchnerbühne: Sozialausschuss diskutiert über Gründe für die verfahrenere Situation

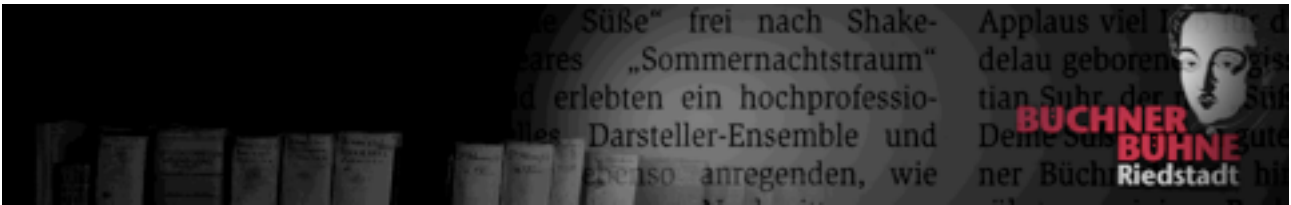
CRUMSTADT

Gemäß Parlamentsbeschluss soll das alte Feuerwehrgerätehaus in Leeheim nicht wie ehemals vorgesehen teilweise abgerissen werden, sondern der Riedstädter Büchnerbühne als Bleibe dienen. Zur Sanierung dieses Gebäudeteils hat die Parlamentsmehrheit 65 000 Euro im Haushalt eingeplant. Da diese Entscheidung einem ehemals von der Leeheimer SPD und CDU gemeinsam getragenen Konzept widerspricht (sie plädierten für den Abriss) und den Parlamentariern auch kein Nutzungskonzept bisher vorliegt, hatte die CDU beantragt, über die geplante Verwendung des dann sanierten Gebäudes im Sozialausschuss zu diskutieren.

Die detaillierten Konzeptaussagen, die der künstlerische Leiter der Büchnerbühne, Christian Suhr, gefertigt hatte, spielten in der Sitzung jedoch kaum eine Rolle. Vielmehr stritten Befürworter (SPD, WIR, GLR) und Gegner (CDU) darüber, wer und wie unzureichend informiert habe, bis es letztendlich zur jetzigen verfahrenen Situationen gekommen sei.

Da jedoch alle Parteien betonten, dass sie nicht gegen eine Büchnerbühne in Riedstadt sind - auch wenn für diese freiwillige Leistung kein Geld da sei (Melanie Dörr, CDU) - blieb die Frage offen, wie erreicht werden kann, dass neben der Büchnerbühne auch die anderen Leeheimer Vereine dort arbeiten können. Denn die Planung sieht vor, dass die Büchnerbühne das gesamte Haus belegt.

»Das muss der Magistrat regeln«, forderte Richard Kraft (CDU). Erste Stadträtin Erika Zettel hatte bereits während der Diskussion erklärt, dass eine entsprechende Vereinbarung getroffen werden könne. Alexander Fischer (CDU) kritisierte an der Debatte, dass es wenig hilfreich sei, wenn sich daran drei Bürgermeisterkandidaten beteiligen, die im Wahlkampf sind.



PRESSE-Archiv (seit Mai 2008)

Zu Beginn der Fachausschusssitzung bereiteten sich die Parlamentarier auf ihre Sitzung am Donnerstag (9., um 19 Uhr im Philipppshospital) vor. Die Etats Kultur und Wissenschaft, soziale Leistungen, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und die Sportförderung mit Haushaltsansätzen von zusammen 6,63 Millionen Euro mussten beraten werden. Nach wenigen Minuten war dieser Tagesordnungspunkt abgehakt, der Fachausschuss stimmte einstimmig den Vorlagen zu.

08. Dezember 2010 | hhh

[DARMSTÄDTER ECHO](#)